Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3080

30. 07. 79

Sachgebiet 753

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Böhm (Melsungen), Dr. Dregger, Dr. von Geldern, Dr. Hennig, Ernesti, Dr. Abelein, Graf Huyn, Graf Stauffenberg, Jäger (Wangen), Dr. Hüsch, Dr. Hoffacker, Schmöle, Frau Fischer, Seiters, Sauer (Salzgitter), Berger (Lahnstein) und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 8/3051 –

Verschmutzung der Werra und Weser durch Kali-Abwässer aus der DDR

Der Bundesminister des Innern – U I 6 – 521 407/41 – hat mit Schreiben vom 30. Juli 1979 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Welche Lösung des Problems strebt sie an (Bau einer Pipeline, Anwendung von Trockentrennverfahren, Lieferung von Kieserit in die DDR oder Maßnahmen zum Konzentrationsausgleich in der Werra)?

Das Problem der Versalzung von Werra und Weser ist für die Bundesregierung das wichtigste Umweltproblem im Verhältnis zur DDR. Die Bundesregierung strebt mit allem Nachdruck Verhandlungen mit der DDR über die Frage der Salzentlastung der Werra an. Zur Vorbereitung von Verhandlungen prüft die Bundesregierung mit den Ländern alle Lösungsmöglichkeiten, die geeignet sein könnten, die Salzbelastung in Werra und Weser deutlich zu verringern. Hierzu gehören Maßnahmen zur Verminderung des Anfalls an Salzabwässern ebenso wie Maßnahmen zur Ableitung noch verbleibender Salzabwässer:

— Eine Maßnahme zur langfristigen und vollständigen Lösung des Problems könnte der Bau einer Salzabwasserleitung sein. Der Bundesminister des Innern hat materialtechnische Fragen des Baus einer solchen Leitung prüfen lassen. Die in der Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Weser zusammengeschlossenen Länder haben ergänzend hierzu eine Ingenieurstudie vorgelegt, welche die technische und planerische Durchführbarkeit grundsätzlich positiv beurteilt und außer-

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

dem nunmehr auch eine positive Antwort auf die wichtige Frage zuläßt, ob eine Lösung dieser Art im Einmündungsgebiet der Pipeline ökologisch unbedenklich ist. Die ARGE Weser hat sich deshalb für diese Lösungsmöglichkeit ausgesprochen. Die Bundesregierung wird die Möglichkeit des Baus einer Salzabwasserleitung in ihren weiteren Überlegungen für Verhandlungen mit der DDR berücksichtigen. Angesichts der Höhe der finanziellen Aufwendungen zum Bau und zur Unterhaltung einer Salzabwasserleitung (Inverstitionskosten ca. 1 Mrd. DM, Unterhaltungskosten ca. 13 Mio DM/a) wird insbesondere die Frage der möglichen Finanzierbarkeit bzw. der Kostenverteilung sehr genau zu prüfen sein.

— Als Teil- bzw. ergänzende Lösung käme für Gespräche mit der DDR die Prüfung der Frage in Betracht, inwieweit der konsequente Einsatz moderner und zugleich abwasserarmer technischer Verfahren (Flotation, ESTA-Verfahren), wie er bereits in den hessischen Kalibergwerken betrieben wird, möglich ist. Hierdurch könnte die Menge der Salzabwässer reduziert werden.

— Nur eine unzureichende Verbesserung würden Maßnahmen zum Konzentrationsausgleich des unterschiedlich starken Salzgehalts in Werra und Weser bringen.

Die genannten Lösungsmöglichkeiten könnten in Gesprächen mit der DDR durch andere ergänzt werden. Da Möglichkeiten für eine durchgreifende Lösung des Problems der Versalzung von Werra und Weser angesichts der Entstehungsursachen nur in Verhandlungen mit der DDR gefunden werden können, läßt sich eine endgültige Aussage über die Realisierbarkeit einzelner Lösungsvorschläge erst nach Verhandlungen mit der DDR treffen.

2. Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung gegenüber der DDR eingeleitet?

Auf Einladung der Bundesregierung sind bereits im November 1973 Verhandlungen über Umweltvereinbarungen aufgenommen worden. Anlaß hierzu war der Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. September 1972, der in Artikel 7 i. V. m. § II 9 des Zusatzprotokolls den Abschluß schadensverhütender Umweltvereinbarungen vorsieht. Schon bei der ersten Verhandlung im November 1973 wurde die Werraversalzung als vordringliches Problem zur Sprache gebracht. Zu weiteren Verhandlungen ist es nicht gekommen. Die Bundesregierung hat sich seither ständig bemüht, Verhandlungen über Gewässerschutzfragen wieder in Gang zu bringen. Sie sieht in einem Teil der Ergebnisse der Arbeit der Grenzkommission (Vereinbarung über die Grundsätze zur Instandsetzung und Instandhaltung grenzkreuzender und grenzbildender Gewässer, Vereinbarung über die Grundsätze zur Schadensbekämpfung an der Grenze) auch begrenzte Fortschritte, welche die Lösbarkeit von Problemen dieser Art

unterstreichen. Die Bundesregierung hat in jüngster Zeit, nachdem die interne Prüfung verschiedener technischer Lösungsmöglichkeiten ein entsprechendes Stadium erreicht hatte, auf hoher Ebene ihre Bemühungen um die Aufnahme von Gesprächen über die Beseitigung der Salzfracht in Werra und Weser sowie von Expertengesprächen über Probleme in anderen Gewässern weiter intensiviert.

3. Welche Haltung hat die DDR bisher bezogen?

Die Regierung der DDR hat der Aufnahme von Sondierungsgesprächen zugestimmt.

4. Wann werden die Verhandlungen mit der DDR geführt?

Die Aufnahme von Verhandlungen hängt von Fortschritten in den Sondierungsgesprächen ab. Die Bundesregierung bemüht sich hierum mit allem Nachdruck.